Unternehmen vor Gericht?

Einige Anmerkungen zu prozessualen Fragen

Von VRiBGH Prof. Dr. **Thomas Fischer**, Baden-Baden, Dr. **Elisa Hoven**, Köln

I. Einleitung

Der Gesetzentwurf des Landes NRW postuliert, was zu beweisen wäre: Dass es geboten, modern, angemessen, möglich und rational sei, in einem Verfahren, das zur Feststellung, Zuweisung und Sanktionierung von persönlicher Schuld geschaffen wurde, statt eines Menschen einen „Verband“ anzuklagen und abzuurteilen.¹ Über die grundsätzlichen Probleme, welche dies für ein am Schuldgrundsatz orientiertes Strafrecht aufwirft, ist hier nicht zu sprechen. Sie verbergen sich hinter dem Hinweis im Allgemeinen Teil der Begründung, eine Sanktionierung im Wege des Verwaltungsrechts (Ordnungswidrigkeitenverfahren) reiche nicht aus, da die zu sanktionierende Schuld schwerer wiege und die Zurechnung individuell schuldhaften Verhaltens oft nicht hinreichend möglich sei.² Das ist eine *petitio principii*, da ein „Verband“ der in § 1 Abs. 1 VerbStrGB-E vorgestellten Art eine juristische Fiktion und daher der Schuldeneinsicht wie der Schuld-Differenzierung ersichtlich nicht zugänglich ist. Die Zurechnung krimineller Schuld findet daher zwangsläufig auf dem Umweg über natürliche Personen statt, deren „Verbands“-bezogenes Verhalten sich – auf weiterhin streitige Weise³ – in überpersönliche Schuld wandeln soll.

Man mag das am Ende sehen, wie man will: Das „Straf“-Verfahren gegen „Verbände“ bleibt ein abstraktes, weil und soweit schon sein Objekt eine Abstraktion ist. Es ist zu fragen, ob und wie diese Voraussetzung in ein Verfahrensmodell eingegliedert werden kann, welches auf die Subjekt-Stellung einer möglicherweise schuldigen Person ausgerichtet ist, und ob das erforderliche Nebeneinander von individueller und Verbandsbetroffenheit in einer Weise geregelt werden kann, welche die Verfahrensgarantien des Strafprozesses erhält und zugleich eine effektive Sanktionierung von Verbänden – wenn diese gewollt ist – überhaupt ermöglicht. Denn im Verfahren müssen die Schwierigkeiten der Abstraktion aufgelöst werden: Schweigen oder aussagen, befangen oder in dieser oder jener Weise motiviert sein können nur natürliche Personen. Wer also soll ein Schweigerecht haben? Auf wessen Perspektive soll es bei Einstellungsfragen ankommen? Wie sind Beschuldigte und Beweispersonen abzugrenzen?

Daher ist schon der Einstieg über die Legaldefinition für „Verbände“ in § 1 Abs. 1 VerbStrGB-E nicht unproblematisch, der auf Formen überpersonalen wirtschaftlichen, politi-

schen und verwaltungstechnischen Handelns abstellt,⁴ jedoch nicht zwischen zulässigen und unzulässigen, originär legalen und originär kriminellen Verbänden unterscheidet; auch die Anwendung auf Mischformen – z.B. juristische Personen mit legalem Unternehmensgegenstand, aber eingegliedert krimineller Struktur – bleibt zweifelhaft.

II. Verweisung auf die Strafprozessordnung

1. Allgemeine Verweisung

Der Gesetzentwurf verweist in § 13 Abs. 1 auf die „allgemeinen Gesetze über das Strafverfahren, namentlich die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz [...], es sei denn, dass sie ausschließlich auf natürliche Personen angewendet werden können oder dieses Gesetz etwas anderes bestimmt.“ Nach den Vorstellungen der Entwurfsverfasser sollen „lediglich solche Vorschriften, die ihrer Natur nach ausschließlich auf natürliche Personen angewendet werden können (wie etwa Vorschriften über die körperliche Untersuchung eines Beschuldigten, über die Untersuchungshaft, die einstweilige Unterbringung oder das Absehen von Vollstreckung in Ansehung einer Erkrankung), [...] im Verbandstrafverfahren nicht herangezogen werden“⁵ können. Ganz so einfach liegen die Dinge jedoch nicht. Die Verweisung auf den Sinngehalt eines anderen Regelwerks stellt den Rechtsanwender vor die Frage, welches der „Sinn“ des neuen Gesetzes ist und ob dessen Ratio den gesetzgeberischen Wertungen der Vorschrift entspricht, auf deren „Sinn“ verwiesen wird. Die Übertragung von Normen und Grundsätzen eines auf Individualpersonen ausgerichteten Strafprozesses auf ein – bislang unbekanntes – Strafverfahren gegen Verbände muss eine Vielzahl von Anwendungsproblemen aufwerfen. Angesichts des Paradigmenwechsels, den ein Verbandsstrafverfahren bedeutet, erscheint eine allgemeine Verweisung als nicht unproblematisch.⁶ Diesen Bedenken tragen die Entwurfsverfasser zumindest teilweise Rechnung, indem sie für einige Bereiche selbständige Regelungen vorsehen. Besondere Bestimmungen zu Verfahrensfragen finden sich in folgenden Vorschriften:

- § 13 Abs. 3: Ermittlungsmaßnahmen und Beweisverwertung
- § 14 und § 5: Legalitätsprinzip und Einstellungen
- § 15: Gerichtliche Zuständigkeit
- § 17: Vertretung und Zustellung
- § 18: Beschuldigtenrechte und Verteidigung
- § 19: Pflichtverteidigung

⁴ Vgl. etwa Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 39, wo der Begriff des Verbands gerade nicht an die (kriminologische, soziale) Überpersönlichkeit der Verantwortlichkeit, sondern an (zivilrechtliche) Abstraktionen von überpersonalem Willen und (geschäftlicher) Handlungsfähigkeit angeknüpft wird.

⁵ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 65.

⁶ So auch *Zieschang*, GA 2014, 91 (106).

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen und sonstigen Verbänden (künftig: Gesetzentwurf), S. 20 ff. Der Gesetzentwurf ist online abrufbar unter:

http://dico-ev.de/fileadmin/PDF/PDF_Intranet_2013/Unternehmensstrafrecht/2013-10-15_Entwurf_zum_Unternehmensstrafrecht.pdf (5.1.2015).

² Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 24.

³ Siehe hierzu *Hoven*, ZIS 2014, 19; *Kubiciel*, KPKp 2014, 15.

Wengleich spezifische Vorgaben für Strafprozesse gegen Verbände prinzipiell sinnvoll sind, wirft das Nebeneinander von Verweisung und eigener Regelungen die zusätzliche Frage auf, ob die Normen des VerbStrGB-E ergänzend oder abschließend zu verstehen sind. Im Übrigen verbleiben zahlreiche Lücken. So wird man beispielsweise die Frage, ob und ggf. wie § 247 StPO im Verbandsstrafverfahren „sinngemäß“ anzuwenden ist, nicht ohne Weiteres beantworten können: Welche Personen sollen „sinngemäß“ aus der Hauptverhandlung entfernt werden? Wer ist wann zu belehren und zu informieren, damit der Zweck der Vorschrift erfüllt werden kann? Auch die Anwendbarkeit scheinbar einfacher Regelungen wie etwa §§ 257, 258 StPO oder ganzer Abschnitte wie etwa §§ 359 ff. StPO ist nicht sicher.

2. Anknüpfung an die individuelle Zuwiderhandlung

In § 13 Abs. 2 VerbStrGB-E konkretisiert der Entwurf die Anwendung der StPO für den Bereich der Beteiligung des Verletzten am Verfahren. Obwohl die Verbandsstraftat eine „selbstständige Straftat mit eigenem Unrechtsgehalt“⁷ sei, richte sich das geschützte Rechtsgut nach der jeweiligen Zuwiderhandlung. Folglich sind Konstellationen denkbar, in denen der Verband auf dem Wege der Privatklage vor Gericht gestellt wird.

Zieschang hat die Anknüpfung an die Zuwiderhandlung als Symptom für die Inkonsequenz des Gesetzentwurfs bei der Frage der Schuldbegründung kritisiert: „Auch das zeigt, dass in Wahrheit die Tat der natürlichen Person den entscheidenden Gesichtspunkt darstellt. Ihr ist der Vorwurf zu machen, nicht jedoch dem Unternehmen als solchem.“⁸ Das Abstellen auf die Zuwiderhandlung im Rahmen der Verletztenrechte ist jedoch auch nach dem im Entwurf formulierten Konzept einer originären Verbandsschuld schlüssig. Auch wenn Grundlage des strafrechtlichen Vorwurfs „die eigenständige Verantwortlichkeit des Verbandes für eine kriminogene Organisation, eine fehlerhafte Personalauswahl oder eine kriminogene ‚Verbandsattitüde‘“⁹ sein soll, muss sich der verbandspezifisch-systemische Fehler in einem rechtlich relevanten, äußeren Erfolg manifestieren. Mangelhafte Auswahl und Organisation stellen innere Fehlentwicklungen dar, die bei Folgenlosigkeit nicht anders zu behandeln sind als eine allgemeine Tatgeneigtheit natürlicher Personen. Andernfalls würde die Verbandsstraftat in ein abstraktes und rechtsgutsunabhängiges Gefährdungsunrecht umgedeutet. Es bedarf daher der Anknüpfung an eine Zuwiderhandlung als Grundlage für die Folgenverantwortung des Verbandes.¹⁰ Der Verletzte der Zuwiderhandlung ist damit zugleich Opfer der Verbandsstraftat, welche die Rechtsgutsverletzung durch kriminogene interne Strukturen ermöglicht hat.

Auch im Hinblick auf Ermittlungsmaßnahmen und auf die Verwertung erlangter Beweismittel greift der Entwurf auf die

vom Individualtäter begangene Zuwiderhandlung zurück. Ist eine Maßnahme nach der Strafprozessordnung nur bei Verdacht einer durch einen Deliktskatalog abschließend bestimmter Straftaten zulässig, kann sie sich – da die Verbandsstraftat keine Katalogtat darstellt – nicht gegen den Verband selbst richten. Um die Erkenntnisse beispielsweise aus Telekommunikationsüberwachungen (§ 100a StPO) gleichwohl für die Ermittlungsbehörden nutzbar zu machen, ordnet § 13 Abs. 3 S. 1 VerbStrGB-E ihre Verwertbarkeit im Verfahren wegen einer Verbandsstraftat an, „wenn die Maßnahme nach der Strafprozessordnung zur Aufklärung der mit dieser in Zusammenhang stehenden verbandsbezogenen Zuwiderhandlung angeordnet wurde oder hätte angeordnet werden dürfen“.

Die Anknüpfung des Entwurfs an die Zuwiderhandlung ist somit als solche nicht problematisch. Weniger einleuchtend erscheint hingegen der gewählte (Um-)Weg über das Individualverfahren: Will die Staatsanwaltschaft gegen einen Verband ermitteln, ist sie auf solche Maßnahmen beschränkt, die keine Katalogtat voraussetzen. Alternativ bleibt ihr allein die Möglichkeit, die Maßnahme gegen einen konkreten Unternehmensmitarbeiter zu schalten und die Ergebnisse durch die Beweisverwertungsvorschrift des § 13 Abs. 3 VerbStrGB-E in das Verfahren gegen den Verband einzubringen. Diese Konstruktion wird dem Anspruch des Entwurfs, die Sanktionierung von Verbänden nicht länger als Annex zur Strafverfolgung individueller Täter zu verstehen, sondern ein eigenständiges Vorgehen gegen Unternehmen zu ermöglichen, nicht gerecht. Konsequenter wäre es, Maßnahmen unmittelbar gegen den Verband zu richten, wenn die in Bezug genommene Straftat ihrerseits im Katalog aufgeführt ist.¹¹ Die Zuwiderhandlung zum Ausgangspunkt der Ermittlungsmaßnahme zu machen, ist auch mit den Wertungen der Strafprozessordnung vereinbar, die bestimmte Maßnahmen nur in Fällen schwer wiegender Straftaten zulässt. Die Schwere der Verbandsstraftat bestimmt sich nicht nur durch den Vorwurf eines Auswahl- oder Organisationsverschuldens, sondern ebenso durch ihren in Form der Zuwiderhandlung nach außen getretenen Erfolg.

III. Zuständigkeit (§ 15 VerbStrGB-E)

Die erstinstanzliche Zuständigkeit des Gerichts (und der Staatsanwaltschaft) bestimmt sich gem. § 15 VerbStrGB-E nach einer Mischung der Grundsätze von Individual- und Verbandsverfahren: § 15 Abs. 1 VerbStrGB-E lässt alle Gerichtsstände der §§ 7 ff. StPO unberührt, ergänzt sie aber um den Ort des Sitzes oder einer „Zweigniederlassung“ des Verbandes. Tatort i.S.v. § 7 StPO ist jedenfalls der Ort der Zuwiderhandlung, wohl nicht der Ort des verbandspezifischen Organisationsmangels. Auch die Gerichtsstände der §§ 8, 9

⁷ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 65.

⁸ *Zieschang*, GA 2014, 91 (105).

⁹ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 74.

¹⁰ Zu den Problem von Zurechnung und Folgenverantwortung siehe *Schmitt-Leonardy*, Unternehmenskriminalität ohne Strafrecht?, 2013, S. 471 ff. und S. 481 ff.

¹¹ Im Fall der Telekommunikationsüberwachung wäre der Verband selbst – da auch er Träger des durch §§ 100a ff. StPO eingeschränkten Grundrechts nach Art. 10 GG sein kann (BVerfGE NJW 2000, 55 [56]) – dann als „Beschuldigter“ (i.S.d. § 100a Abs. 3 Alt. 1 StPO), der konkret überwachte Mitarbeiter als Drittbetroffener (i.S.d. Alt. 2 der Norm) anzusehen.

StPO knüpfen an den Individualverstoß an. Ob „Zweigniederlassungen“ angemessene Grundlagen für Gerichtsstände gegen den Verband – über § 15 Abs. 2 VerbStrGB-E dann aber auch gegen die Person – sind, mag jedenfalls bei breit gestreuten verbandsintegrierten Vertriebsstrukturen zweifelhaft sein (z.B. Niederlassungen von Automobilherstellern): Dass der Gerichtsstand für die Individualstraftat eines AG-Vorstandsmitglieds aus Stuttgart an jedem Ort begründet sein soll, an dem ein Kfz oder eine Maschine in einer „Niederlassung“ angeboten wird, erscheint wenig sinnvoll.

IV. Vertretung/Verteidigung

Unklar und daher problematisch ist die Regelung des § 18 Abs. 2 VerbStrGB-E, wonach „ein Verteidiger“¹² zugleich den Verband (wegen der Verbandsstraftat) und eine natürliche Person (wegen der Zuwiderhandlung) verteidigen darf, „sofern dies der Aufgabe der Verteidigung nicht widerstreitet“. Dieser harmlos formulierte Ausschlussgrund ist aus einer Mischung von allgemeiner Bestimmung der „Aufgabe der Verteidigung“, konkreter Verfahrensgestaltung und § 356 StPO zusammengesetzt. Das ist eine Aufgabe, die in der Praxis häufig scheitern wird und jedenfalls eine Fülle von Konfliktpotenzial bietet, wie es heute schon im Umfeld von „Compliance“ geläufig ist.

Keineswegs stets werden sich die Interessen des Verbandes und der natürlichen Person am Beginn eines Ermittlungsverfahrens so unterscheiden, dass eine gemeinschaftliche Verteidigung evident ausgeschlossen wäre. Vielmehr kann es gerade am Anfang – oder noch vor dem Anfang: im informellen „Vorprüfungsverfahren“ – vor allem darum gehen, eine Beschuldigung insgesamt abzuwehren, ohne dass sich hier schon präzise zwischen (behaaupteter) Zuwiderhandlung und (behaupetem) Verbandsverschulden unterscheiden ließe. Im Fortgang der Verfahren freilich kann sich rasch ein grundlegender Interessenwiderstreit ergeben. Dieser wird in der Praxis häufig oder meist die Gewichte zugunsten des Verbandes verschieben. In einer Vielzahl von denkbaren Verfahrens-Konstellationen werden Verbandsorgane ein inhaltliches Interesse daran haben, zum einen nicht persönlich in eine Verfolgung von „Zuwiderhandlungen“ involviert zu werden, zum zweiten die Verantwortlichkeit des Verbandes als möglichst gering darzustellen und zum dritten die Zuwiderhandlung der natürlichen Person nicht als Resultat struktureller Fehlsamkeit, sondern individueller Kriminalität darzustellen; hinter allen Punkten steht überdies stets die Frage des Regresses. Alle Erfahrungen sprechen dagegen, diese strukturell konflikthafte Konstellation gerade am Beginn eines Ermittlungsverfahrens in die Hände eines (gemeinsamen) Verteidigers zu legen.¹³

¹² Zur Frage der Verteidigung durch Mitglieder einer Sozietät oder einer Bürogemeinschaft sowie zur so genannten „Sokkelverteidigung“ vgl. die Kommentierungen zu § 146 StPO mit Nachweisen insbesondere zur neueren BGH-Rechtsprechung.

¹³ Der sich im weiteren Verfahrenslauf nur allzu leicht für eine Seite als „Angreifer“ erweisen mag (oder muss).

V. „Nemo tenetur“-Grundsatz

„Die §§ 133 bis 136a StPO gelten entsprechend“ (§ 18 Abs. 1 S. 3 VerbStrGB-E). Als Beschuldigte zu vernehmen sind danach neben den Vertretern des Verbandes „auch“ die Personen, welche der Zuwiderhandlung (§ 2 Abs. 2 VerbStrGB-E) beschuldigt sind. In der Regelung verbergen sich alle jene Probleme, die sich aus der materiellen Problematik der „Beschuldigung“ ergeben. Das betrifft etwa die Abgrenzung zwischen „Vorermittlung“ und Ermittlungsverfahren. Nicht selten werden sich strafrechtliche Ermittlungen zunächst gegen Verantwortliche von Zuwiderhandlungen richten, ohne dass in diesem Stadium des Verfahrens bereits sicher abgesehen werden kann, ob verbandsstrafrechtliche Beschuldigungen erhoben werden (müssen). Umgekehrt können sich Ermittlungen zunächst gegen den Verband richten, ohne dass zu diesem Zeitpunkt die Unterscheidung zwischen Beschuldigten und Zeugen (einer Zuwiderhandlung) schon getroffen werden kann. Gerade zu diesem Zeitpunkt des Verfahrens können vielfältig komplizierte gegenläufige Interessen von Individualpersonen, Verbänden und möglicherweise Geschädigten (Personen oder Verbänden) auftreten. Die bloße Verweisung auf §§ 133 ff. StPO (insbesondere § 136 StPO) erscheint daher kaum ausreichend, um die Problematik – in beide Richtungen – zuverlässig zu klären.¹⁴

Erstaunlich ist, dass der Gesetzentwurf die vielfältigen Fragestellungen, die sich im Laufe der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Compliance-Rechtsprechung, mit internen Kontrollen und Ermittlungsmaßnahmen und bei der Abgrenzung von Verbandsgeldbuße und individueller Strafverfolgung ergeben haben, nur recht oberflächlich reflektiert.¹⁵ Dass Vertreter des Verbandes als „Beschuldigte“ zu behandeln sind und daher die für diese geltenden Verfahrensrechte (für den Verband) geltend machen können, ist nur ein Aspekt; er ist, auf der Grundlage des Entwurfs-Konzepts, ebenso folgerichtig wie unzureichend. Die Selbstbelastungsfreiheit ist nach h.M. auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht gestützt,¹⁶ also auf die Stellung natürlicher Personen zugeschnitten. Eine schlichte „Übernahme“ für juristische Personen liegt daher auch im Grundsatz nicht nahe;¹⁷ sie würde im Übrigen einer Mitwirkungspflicht (vgl. etwa § 44 Abs. 1 S. 1 KWG) nicht zwingend entgegenstehen.

VI. Einstellungsgründe

Der Gesetzentwurf verhält sich zu Fragen der Verfahrenseinstellungen in § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E und – indirekt über § 13 Abs. 1 VerbStrGB-E i.V.m. § 153b Abs. 1 StPO – in § 5 VerbStrGB-E. Es stellt sich die Frage, ob und in welchem

¹⁴ Hierzu ausführlich *Hoven u.a.*, NZWiSt 2014, 201 (206).

¹⁵ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 73 ff.; vgl. auch unten VI. 2.

¹⁶ Eine andere Ansicht geht davon aus, dass die Selbstbelastungsfreiheit – auch – als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips bzw. des Rechts auf ein faires Verfahren verstanden werden kann; siehe *v. Freier*, ZStW 122 (2010), 117 (131 f.) m.w.N.

¹⁷ So auch *Fink*, wistra 2014, 457 (460).

Umfang die Einstellungsgründe der Strafprozessordnung auf das Verfahren gegen Verbände Anwendung finden können.

1. *Verfahrenseinstellung bei Auslandstaten* (§ 14 Abs. 3 VerbStrGB-E)

§ 14 Abs. 3 VerbStrGB-E enthält eine Sondervorschrift für Auslandstaten und konkretisiert die Anforderungen des § 153c StPO für die Verbandsstrafat. Hiernach können Staatsanwaltschaften und Gerichte das Verfahren einstellen, „wenn die Zuwiderhandlung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes begangen wurde und wenn wegen der Tat im Ausland schon eine Strafe gegen den Verband rechtskräftig verhängt worden oder zu erwarten ist, die zur Einwirkung auf den Verband und zur Verteidigung der Rechtsordnung ausreichend erscheint.“ § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E führt damit die Einstellungsgründe der Auslandsbegehung aus § 153c Abs. 1 StPO und der Auslandsbestrafung nach § 153c Abs. 2 StPO zusammen. Dies hat zur Folge, dass nunmehr – anders als nach § 153c StPO – weder eine Inlandstat bei Verurteilung im Ausland noch eine im Ausland begangene Tat ohne dortige Sanktionierung eingestellt werden können. Diese Verschärfung der Einstellungsbedingungen durch die Kumulation der Voraussetzungen von Geltungsbereich und Sanktion überrascht, weil der Entwurf den – insoweit weiter reichenden – § 153c StPO ausdrücklich als „zu eng“ ansieht.¹⁸ Als im Hinblick auf die Verbandsstrafat zu restriktiv wird insbesondere die in § 153c Abs. 2 StPO formulierten Notwendigkeit einer gegen den Beschuldigten „vollstreckten Strafe“ angesehen, da „eine Vielzahl von Auslandsverfahren im Wege von verfahrensbeendenden Absprachen („guilty plea agreements“) ohne vorangegangene gerichtliche Überprüfung mit teilweise drakonischen Sanktionen zum Abschluss kommen.“¹⁹

Die Intention des Entwurfs, die Einstellungsmöglichkeiten auf praktisch bedeutsame Sanktionen außerhalb des klassischen Strafverfahrens zu erstrecken, ist begrüßenswert. Die Umsetzung in § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E wird dem Ziel der Entwurfsverfasser allerdings nicht gerecht, da die Vorschrift gegenüber § 153c Abs. 2 StPO allein eine Erweiterung in zeitlicher Hinsicht vorsieht: Die Strafe muss nicht vollstreckt sein; es genügt, dass sie „rechtskräftig verhängt oder zu erwarten ist“. Damit ist jedoch keine Aussage über die Natur der im Ausland erfolgten Zahlungen getroffen. Die beschworenen „drastischen Sanktionen“ werden oftmals gerade ohne formales „guilty plea“ – das Grundlage für eine Bestrafung ist und damit von § 153c Abs. 2 StPO gedeckt wäre – als verfahrensabwendende Auflage verhängt. Solche Zahlungen außerhalb des Gerichtsverfahrens – wie sie auch im deutschen Recht üblich sind, vgl. § 153a StPO – können vom Begriff der „Strafe“ in § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E nach wie vor nicht erfasst werden. Wollte der Entwurf Auslandssanktionen umfassend einbeziehen, müsste der Wortlaut des § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E um „Maßnahmen oder Leistungen, zu denen sich der Verband gegenüber einer ausländischen Be-

hörde zur Abwendung einer Verurteilung verpflichtet hat“ ergänzt werden.

Um Schwierigkeiten hinsichtlich der Bestimmung des Tatorts bei einem Auswahl- oder Organisationsverschulden zu vermeiden, stellt § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E – wiederum – auf die Zuwiderhandlung ab. Zusätzlich muss gegen den Verband „wegen der Tat“ bereits rechtskräftig eine Strafe im Ausland verhängt worden sein. Ob sich der Begriff „Tat“ weiterhin auf die Zuwiderhandlung bezieht oder nunmehr die Verbandsstrafat meint, ist dem Wortlaut nicht eindeutig zu entnehmen. Auf diese Frage könnte es jedoch ankommen, wenn Zuwiderhandlungen gleicher Natur in verschiedenen Ländern auf einem einheitlichen Organisationsdefizit beruhen.²⁰ Kommt es etwa nach Korruptionstaten im Ausland (nur) wegen Taten in Südamerika zur Verurteilung, könnte der deutschen Justiz eine Einstellung wegen Zuwiderhandlungen in Afrika verwehrt sein.²¹

2. *Verfahrenseinstellung und Absehen von Sanktionen* (§ 5 VerbStrGB-E)

Mit § 5 VerbStrGB-E hat der Entwurf eine speziell auf das Verbandsstrafverfahren zugeschnittene Möglichkeit des Absehens von Strafe bei Kooperation des Unternehmens geschaffen. Die Berücksichtigung von Compliance-Maßnahmen und Bemühungen um interne Untersuchungen stellt eine bedeutende (und kontrovers diskutierte²²) Neuerung dar, die – so heißt es in der Begründung – auf eine „zentrale Forderung der Anwaltschaft“ zurückgeht.²³

Beide Varianten des § 5 VerbStrGB-E setzen voraus, dass der Verband „ausreichende organisatorische oder personelle Maßnahmen getroffen hat, um vergleichbare Verbandsstrafaten in Zukunft zu vermeiden“. Nach § 5 Abs. 1 VerbStrGB-E genügt die Einführung von Präventionskonzepten, wenn „ein bedeutender Schaden nicht entstanden oder dieser zum überwiegenden Teil wieder gut gemacht ist“. Ist ein solcher Schaden hingegen eingetreten und nicht kompensiert worden, steht das Absehen von Strafe nach § 5 Abs. 2 VerbStrGB-E unter zwei Vorbehalten: der Verband muss durch freiwilliges Offenbaren wesentlich zur Aufdeckung der Verbandsstrafat beitragen und den Ermittlungsbehörden Beweismittel zur Verfügung stellen, die geeignet sind, die Tat nachzuweisen. Nach der Präklusionsvorschrift des § 5 Abs. 4 VerbStrGB-E hat die Offenlegung der Beweise zudem vor Eröffnung des Hauptverfahrens zu erfolgen. Liegen die Voraussetzungen der Absätze 1 bzw. 2 des § 5 VerbStrGB-E bereits im Verbandsermittlungsverfahren nachprüfbar vor, kann die Staats-

²⁰ Beispiel: Schwarze Kassen, die zur Bestechung in verschiedenen Staaten genutzt wurden.

²¹ Diese Frage berührt indes auch den materiellen Teil des Entwurfs. Aus dem Entwurf geht nicht klar hervor, ob in der beschriebenen Konstellation von einer oder von mehreren Verbandsstrafaten auszugehen ist. In letzterem Fall würden beide Interpretationsmöglichkeiten des Begriffes der „Tat“ in § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E zum gleichen Ergebnis gelangen und eine Einstellung ausschließen.

²² Kritisch *Schünemann*, ZIS 2014, 1 (17).

²³ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 53.

¹⁸ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 67.

¹⁹ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 67.

anwaltschaft das Verfahren vorläufig einstellen, § 153b Abs. 1 StPO i.V.m. § 13 Abs. 1 VerbStrGB-E.

a) Präventionsmaßnahmen

Mit § 5 Abs. 1 und 3 VerbStrGB-E sollen Anreize zur Einrichtung von Compliance-Programmen als Reaktionen auf festgestellte Organisationsdefizite im Unternehmen gesetzt werden.²⁴ Kritik hieran wurde insbesondere von *Schünemann* geäußert, der in den Regelungen (sowohl von § 5 als auch der Strafzumessungskriterien in § 6 VerbStrGB-E) einen berufspolitisch motivierten „Zwang“ zur Schaffung von Compliance-Organisationen sieht.²⁵ Die Forderung nach Compliance begründe einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Handlungsfreiheit des Unternehmers und sei eine „Anmaßung des Strafrechts“.²⁶

Folgte man dieser Annahme, würde ein gesetzlicher Anreiz stets mittelbaren Zwang implizieren, jede Privilegierung erwünschter Verhaltensweisen sich als Kehrseite einer Nötigung darstellen. Eine solche Betrachtung vernachlässigt jedoch den Unterschied zwischen verpflichtenden und lediglich verhaltenslenkenden Regelungen. Letztere erweitern den Optionenspielraum des Adressaten; das Unternehmen kann entweder eine Strafe akzeptieren oder eine Compliance-Abteilung einrichten. Compliance-Programme werden zudem nur von solchen Verbänden gefordert, die durch ihr Vorverhalten die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen selbst deutlich gemacht haben. Ein Unternehmen, das zur Vermeidung von Straftaten andere Wege findet, wird gar nicht erst in die Situation kommen, auf § 5 Abs. 1 VerbStrGB-E rekurrieren zu müssen. Auf welche Weise Verbände Organisationsdefiziten vorbeugen, bleibt also weiterhin ihnen überlassen.

Die Möglichkeit zum Absehen von Strafe ist jedoch nicht allein verhaltenslenkende Privilegierung, sondern zugleich Ausdruck eines spezialpräventiven Anliegens des Entwurfs. §§ 46, 46a StGB enthalten vergleichbare Regelungen für den Individualstraftäter; sein Nachtatverhalten sowie insbesondere seine Bemühungen um Ausgleich werden auch als Indikator für eine Distanzierung von der Tat und eine geringere Rückfallwahrscheinlichkeit gewertet.²⁷ Diese Gedanken lassen sich auf den Verband übertragen. Durch das Ergreifen von Compliance-Maßnahmen demonstriert das Unternehmen seine Bereitschaft zur Veränderung organisatorischer und personeller Strukturen, die das Verbandsunrecht begünstigt haben. Gerade im Bereich korporativer Delikte – also Straftaten, die zu Gunsten des Verbandes begangen werden²⁸ – sind eine kriminogene Verbandsattitüde und fehlende interne

Kontrollprozesse entscheidende Bedingungen für die Begehung von Zuwiderhandlungen.²⁹

Bei „corporate crimes“ versagen kriminologische Deutungsansätze, die Devianz auf individuelle Defizite oder Motive zurückführen.³⁰ Unternehmensmitarbeiter, die im Interesse ihres Verbandes Zuwiderhandlungen begehen, weisen in der Regel keine besonderen, kriminalitätsaffinen Merkmale auf und verhalten sich außerhalb des beruflichen Kontextes häufig normkonform.³¹ Modelle zur Erklärung von Verbandskriminalität knüpfen daher nicht an personelle Faktoren, sondern an situative Elementen des Wirtschaftslebens an; die Tatbegehung hängt von Unternehmensstrukturen, Kontrollmechanismen und Verbandsethik ab. Nach *Sutherlands* Theorie der differentiellen Kontakte vollzieht sich die Werteorientierung in Gruppen; entscheidend für die Norminternalisierung ist, welche Vorschriften die Gruppe als positiv oder negativ bewertet.³² Im Hinblick auf die Verbandskriminalität stellt *Sutherland* fest, dass Wirtschaftsdelikte in der relevanten Gruppe nicht in gleichem Maße als moralische Grenze verstanden werden wie sonstige Straftaten.³³ Auch klassische Subkulturtheorien, nach denen innerhalb einer Gesellschaft Untergruppen mit eigenen Normsystemen existieren³⁴, lassen sich auf das Unternehmen übertragen. Gesetzgeberische Verhaltensprinzipien werden für die Mitarbeiter durch Interessen und Werte des Unternehmens überlagert; sie fühlen sich gegenüber dem arbeitgebenden Verband unmittelbarer verpflichtet als einer abstrakt erfahrenen Rechtsordnung.³⁵ Sind Normüberschreitungen in der arbeitsplatzbezogenen Subkultur akzeptiert, nimmt das Verbandsmitglied seine Tat nicht (oder nicht im gleichen Maße) als deviantes Verhalten wahr.³⁶ Eine gleichwohl erlebte kognitive Dissonanz aufgrund widersprüchlicher Verhaltensanforderungen von Strafrecht und Verbandspolitik wird durch Neutralisierungstechniken überwunden.³⁷ Untersuchungen des US-amerikanischen Kriminologen *Benson* zeigen, dass Rechtfertigungsstrategien für wirtschaftskriminelles Verhalten maßgeblich am Arbeitsumfeld orientiert sind; Täter berufen sich auf die Alltäglichkeit ihres Verhaltens³⁸ oder höhere Güter des Unternehmenswohls.³⁹

Nicht zuletzt kann korporative Kriminalität auch durch die von *Agnew* entwickelte Drucktheorie (General Strain

²⁴ Kritisch *Schünemann*, ZIS 2014, 1 (9 und 17), der in den Regelungen (sowohl von § 5 als auch der Strafzumessungskriterien in § 6-E) einen berufspolitisch motivierten „Zwang“ zur Schaffung von Compliance-Organisationen sieht.

²⁵ *Schünemann*, ZIS 2014, 1 (9, 17).

²⁶ *Schünemann*, ZIS 2014, 1 (9).

²⁷ *Miebach*, in: Joecks/Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. 2, 2. Aufl. 2012, § 46 Rn. 36 ff.

²⁸ *Bock*, Kriminologie, 4. Aufl. 2013, Rn. 900.

²⁹ So auch *Schünemann*, Unternehmenskriminalität und Strafrecht, 1979, S. 22.

³⁰ Jüngst zu der Thematik *Kölbel*, ZIS 2014, 552 (553).

³¹ Statt aller: *Simpson/Piquero*, Law & Society Review 36 (2002), 509 (510 ff.).

³² *Sutherland*, White collar crime, 1983, S. 219.

³³ *Sutherland* (Fn. 32).

³⁴ *Popitz*, Die normative Konstruktion von Gesellschaft, 1980; *Bock* (Fn. 28), Rn. 907.

³⁵ *Clinnard/Yaeger*, Corporate Crime, 1980, S. 274.

³⁶ v. *Freier*, Kritik der Verbandsstrafe, 1998, S. 23.

³⁷ *Claassen*, Neutralisierungstechniken und kognitive Dissonanz, 2013, S. 125 ff.

³⁸ *Benson*, Criminology 23 (1985), 583 (591).

³⁹ *Benson*, Criminology 23 (1985), 583 (594).

Theory)⁴⁰ erklärt werden. Devianz folgt hiernach aus der Unfähigkeit, positiv besetzte Ziele zu erreichen. Die Straftat dient als Ausweg zur Bewältigung von Drucksituationen, die beispielsweise durch unternehmensinterne Zielvorgaben („die Zahlen müssen stimmen, gleich mit welchen Mitteln“) und Grenzen des Marktes („ohne Bestechung gibt es keinen Auftrag“) entstehen können.

Aus kriminologischer Sicht lassen korporative Delikte somit typischerweise eine kriminogene Verbandsattitüde vermuten. Verbandsdelinquenz, wie sie in § 2 VerbStrGB-E beschrieben ist, wird maßgeblich durch die Haltung des Unternehmens zur Befolgung strafrechtlicher Verhaltensregelungen bedingt.⁴¹ Eine wirksame Kriminalitätsprävention muss daher auf die innere Organisation des Verbandes und eine Verbesserung der Unternehmensethik zielen.⁴² Durch Compliance-Programme werden strafrechtliche Verhaltensanforderungen zu verbandseigenen Zielvorgaben; das Wertesystem in der Subkultur des Unternehmens richtet sich an gesellschaftlichen Normen aus. Der Anreiz zur Einrichtung von Compliance-Organisationen und ihre Berücksichtigung als spezialpräventiver Faktor stellen eben jene „Gegengrößen“ dar, die als Kompensation für eine „individualstrafrechtliche Wirksamkeitsschwäche“ gefordert wurden.⁴³

b) Freiwilliges Offenbaren der Verbandsstraftat

Mit § 5 Abs. 2 VerbStrGB-E sollen Anreize für die Durchführung interner Untersuchungen und eine Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden geschaffen werden. Die vom Deutschen Anwaltsverein zu Recht als „besondere Form der Selbstanzeige“⁴⁴ bezeichnete Vorschrift trägt dem Befund Rechnung, dass gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität von einem hohen Dunkelfeld auszugehen ist.⁴⁵ Da es sich bei Wirtschaftsstraftaten nicht selten um opferlose Delikte handelt, fehlt es an einem originären Anzeigerstatter, der den Sachverhalt zur Kenntnis der Ermittler bringt. Selbst wenn die Behörden zu einem Anfangsverdacht gelangen, stehen sie bei der Aufklärung wirtschaftsstrafrechtlicher vor besonderen Herausforderungen. Der Nachweis korporativer Delikte erfordert regelmäßig die Aufdeckung komplexer unternehmerischer Prozesse und gestaltet sich daher in erheblichem Maße als zeit- und ressourcenintensiv. Anreize zur

Offenlegung interner Untersuchungen von Verbänden, ohne deren Kooperation die eine umfassende Sachverhaltsaufklärung oftmals scheitern wird, sind daher aus Sicht der Ermittlungsbehörden sinnvoll.

Nach der Entwurfsbegründung orientiert sich die Norm an der kartellrechtlichen Bonusregelung.⁴⁶ Der Entwurf legt allerdings strengere Maßstäbe an die Qualität der offenbarten Beweismittel an. Während nach den kartellrechtlichen Bestimmungen bereits die Vorlage von Information genügt, die eine gezielte Nachprüfung ermöglichen, bedarf es nach § 5 Abs. 2 VerbStrGB-E solcher Beweismittel, „die geeignet sind, die Tat nachzuweisen“. Diese Formulierung wurde vom Deutschen Anwaltsverein als „deutlich zu weit“ kritisiert.⁴⁷ Ein vollständiger Tatnachweis könne durch den Verband nicht verlangt werden; allenfalls denkbar sei eine an § 46b StGB orientierte Forderung nach einem „Beitrag“ zur Aufklärung des Delikts. Die Entwurfsbegründung versteht die Voraussetzung der „Eignung zur Tatnachweisführung“ jedoch primär als Gegenmodell zur Forderung nach einer kausalen Verknüpfung zwischen Aufdeckung und Beweismittel. Es heißt dort: „Die Vorschrift verlangt ‚Eignung‘ der Beweismittel, stellt also auf die Qualität der mündlichen und schriftlichen Informationen ab. Sie vermeidet damit in Verfahren, die mehrere Unternehmen oder Verbände betreffen, das im Kartellrecht kritisierte ‚Wettrennen‘ um die Vorteile der Bonusregelung“.⁴⁸

Dass durch den hypothetischen Charakter der Informationsqualität ein Wettlauf der Beteiligten um die Privilegierung wirklich ausgeschlossen wird, erscheint angesichts der fortbestehenden Notwendigkeit eines (tatsächlichen und nicht nur theoretischen) „wesentlichen Beitrags“ zur Aufdeckung der Verbandsstraftat zweifelhaft. Soll der Verband unabhängig von den Informationen durch andere Beteiligte und damit unabhängig von der faktischen Relevanz der präsentierten Untersuchungsergebnisse über § 5 Abs. 2 VerbStrGB-E privilegiert werden können, müsste die Norm vollständig in den Konjunktiv übersetzt werden. Um den Bedenken der Praxis Rechnung zu tragen, müsste jedenfalls auch die hypothetische Eignung der Beweismittel auf einen „Beitrag“ zur Tatnachweisführung beschränkt sein. Nach dem derzeitigen Wortlaut bliebe es bei der Prüfung, ob die Informationen – hypothetisch – zu einem vollständigen Tatnachweis geführt hätten. Eine Intention des Gesetzentwurfs, derart strenge Anforderungen an ein Absehen von Strafe vorzusehen, sind der Entwurfsbegründung nicht zu entnehmen.

3. Verfahrenseinstellung nach allgemeinen Vorschriften der StPO

Grundsätzlich ermöglicht der Verweis in § 13 Abs. 1 VerbStrGB-E die Anwendung der klassischen strafprozessualen Opportunitätsregelungen. Da der Entwurf mit § 14 Abs. 3 VerbStrGB-E und § 5 VerbStrGB-E jedoch konkrete Vorgaben für die Verfahrensbeendigung enthält, stellt sich die Frage nach ihrer Sperrwirkung für die allgemeinen Einstel-

⁴⁰ Agnew, *Criminology* 30 (1992), 47.

⁴¹ Kölbl, *ZIS* 2014, 552 (553).

⁴² Nach v. Freier muss durch Sanktionen der Verband als „eigentlicher Urheber“ der Verbandskriminalität erreicht werden.

⁴³ Schünemann, in: Schünemann/Suarez Gonzalez (Hrsg.), *Bausteine des europäischen Wirtschaftsstrafrechts*, Madrid-Symposium für Klaus Tiedemann, 1994, S. 265 (278 f.).

⁴⁴ Stellungnahme des Deutschen Anwaltsvereins (Ausschuss Strafrecht) zum Gesetzentwurf (künftig: Strafrechtsausschuss DAV), Stellungnahme Nr.: 54/2013, Dezember 2013, S. 27.

⁴⁵ KPMG, *Wirtschaftskriminalität in Deutschland*, 2012, abrufbar unter:

<http://www.kpmg.de/Themen/33581.htm> (19.1.2015), S. 9; Theile, *Wirtschaftskriminalität und Strafverfahren*, 2009, S. 238.

⁴⁶ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 55.

⁴⁷ Strafrechtsausschuss DAV (Fn. 39), S. 27.

⁴⁸ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 56.

lungsvorschriften der StPO.⁴⁹ *Rübenstahl/Tsambikakis* erkennen in der Regelung einen impliziten Ausschluss der allgemeinen Einstellungsgründe in §§ 153, 153a StPO.⁵⁰ Angesichts der erheblichen praktischen Bedeutung der §§ 153, 153a StPO für das Wirtschaftsstrafverfahren wäre es freilich überraschend, wenn der Entwurf auf diese Möglichkeiten der Verfahrenseinstellung hätte verzichten wollen. Die fehlende Auseinandersetzung mit einem solch weitreichenden Schritt in der Entwurfsbegründung ist ein starkes Indiz gegen die Annahme einer abschließenden Normierung der Opportunitätseinstellungen durch § 14 Abs. 3 und § 5 VerbStrGB-E.⁵¹ Dem Wortlaut des Entwurfstextes ist eine eindeutige Antwort allerdings nicht zu entnehmen.

Lässt man die Verweisung auf die Einstellungsvorschriften der §§ 153, 153a StPO grundsätzlich zu, stellt sich im nächsten Schritt die Frage nach ihrer Übertragbarkeit auf den Verband. Zweifel hieran bestehen bereits durch die Beschränkung der Opportunitätsnormen auf „Vergehen“. Eine Differenzierung nach der Mindestandrohung von einem Jahr Freiheitsstrafe kann für die Verbandstat nicht nutzbar gemacht werden, da eine Freiheitsstrafe als Sanktionsform ausgeschlossen ist. Die allgemeine Verweisung in § 13 Abs. 1 VerbStrGB-E hätte damit zur Folge, dass grundsätzlich jede Verbandsstraftat nach §§ 153, 153a StPO eingestellt werden könnte. Dass dies wünschenswert wäre, ist in Anbetracht der zu vermutenden besonderen Neigung der Beteiligten zur Abwendung von Hauptverfahren überaus zweifelhaft. Für die Strafverfolgungsbehörden bietet eine Einstellung gegen (Geld-)Auflage eine zeit- und kostenschonende Alternative zu einem langwierigen und komplexen Gerichtsverfahren mit oftmals ungewissem Ausgang. Verbände werden eine Zahlung im Vorfeld eines Prozesses vorziehen, um eine negative Medienberichterstattung zu vermeiden.⁵² Soll die Anwendung der §§ 153, 153a StPO (entsprechend den Überlegungen für das Individualstrafverfahren) auf den Bereich der kleineren und mittleren Kriminalität⁵³ beschränkt werden, muss der Gesetzgeber eigenständige Differenzierungskriterien entwickeln. Denkbar wäre es auch, solche Verbandsstraftaten von §§ 153, 153a StPO auszunehmen, die auf einem Verbrechen als verbandsbezogene Zuwiderhandlung beruhen.

§§ 153, 153a StPO setzen ferner voraus, dass die Schuld des Täters gering ist bzw. ihre Schwere einer Verfahrenseinstellung nicht entgegensteht. Im Individualstrafverfahren orientiert sich die Beurteilung der Schwere der Schuld an den Strafzumessungsvorschriften des § 46 Abs. 2 StGB.⁵⁴ Die Parallelvorschrift für das Verbandsstrafverfahren ist in § 6 Abs. 3 VerbStrGB-E zu sehen, der „das Gewicht und die

Auswirkungen der verbandsbezogenen Zuwiderhandlung, Art, Schwere und Dauer des Organisationsmangels im Verband, etwaige Vorkehrungen des Verbandes zur Vermeidung vergleichbarer Taten, die Gefahr der Wiederholung sowie sein Verhalten nach der Tat, besonders sein Bemühen, den Schaden wiedergutzumachen“ als entscheidende Faktoren benennt. Die in § 6 Abs. 3 VerbStrGB-E formulierten Strafzumessungskriterien wurden von *Zieschang* wie folgt kritisiert: „Dabei orientiert sich die Zahl der Tagessätze jedoch nun anders als bei natürlichen Personen nicht an der Schuld des Täters als Grundlage für die Zumessung der Strafe, sondern das Gericht wägt losgelöst davon die Umstände, die für und gegen den Verband sprechen, gegeneinander ab. [...] Von einem am Gedanken der Schuld orientierten Strafrecht bleibt dann aber nichts mehr übrig.“⁵⁵ Vor dem Hintergrund des von den Entwurfsverfassern gewählten Konzepts einer originären Verbandsschuld können die vorgebrachten Einwände jedoch nicht überzeugen. Folgt man der Idee der originären Verbandsschuld, dürfen sich die Strafzumessungskriterien gerade nicht an der individuellen Zuwiderhandlung orientieren, sondern mit Recht an Organisation und Verhalten des Verbandes anknüpfen.

Die Frage der Verfahrenseinstellung offenbart die Schwächen einer allgemeinen Verweisungsnorm. Um Unsicherheiten bei der Anwendung strafprozessualer Vorschriften zu vermeiden, sollten die wesentlichen Aspekte eines Verbandsstrafverfahren vom Gesetzgeber selbständig geregelt werden.

4. Zur Bedeutung von Absprachen

Von besonderer Bedeutung – und in der Begründung des Gesetzentwurfs zu Recht hervorgehoben⁵⁶ – ist die Verweisung des § 13 VerbStrGB-E im Hinblick auf die Regelungen zur Absprache im Strafverfahren. Die Anwendung eines regelmäßigen „Hauptverhandlungsmodells“ auf die Sanktionierung von Verbänden könnte in der Tat dazu führen, heute vielfach verbreitete informelle Erledigungsformen und deren Vorbereitung einem Dokumentations- und Transparenzgebot zu unterwerfen, das für die Legitimität des Rechts von höchster Bedeutung ist.⁵⁷ Voraussetzung hierfür wäre freilich, dass die Einzelfälle verbandsstrafrechtlicher Verfolgung den Anwendungsbereich des Absprachegesetzes überhaupt erreichen und nicht die wesentlichen Weichen bereits im Vorverfahren gestellt werden.

Soweit dies der Fall ist, also etwa Strafverfahren gegen große Verbände – und ggf. zugleich Verfahren gegen Individuen wegen Zuwiderhandlungen i.S.v. § 1 Abs. 2 VerbStrGB-E geführt werden, dürfte die Erfüllung aller Dokumentations- und Transparenzpflichten außerordentlich hohe Anforderungen stellen und in vielen Fällen einen klaren „Verfahrensplan“ bereits voraussetzen, welcher – nach den bisherigen Erfahrungen – nicht selten erst im Fortgang des Verfahrens entwickelt wird. Dies übt unzweifelhaft einen

⁴⁹ Offen gelassen bei *Zieschang*, GA 2014, 91 (105).

⁵⁰ *Rübenstahl/Tsambikakis*, ZWH 2014, 8 (11); ebenso *Rübenstahl*, ZRFC 2014, 26 (31).

⁵¹ So bereits *Hoven u.a.*, NZWiSt 2014, 201 (210).

⁵² *Schünemann*, ZIS 2014, 1; ebenso *Hoven u.a.*, NZWiSt 2014, 201 (210 f.).

⁵³ *Beukelmann*, in: Graf (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar, Strafprozessordnung, Stand: 8.9.2014, § 153a Rn. 1.

⁵⁴ *Diemer*, in: Hannich (Hrsg.), Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 7. Aufl. 2013, § 153a Rn. 11 ff.

⁵⁵ *Zieschang*, GA 2014, 91 (104).

⁵⁶ Gesetzentwurf (Fn. 1), S. 28.

⁵⁷ Vgl. BVerfG, Urt. v. 19.3.2013 – 2 BvR 2628/10, 2 BvR 2883/10, 2 BvR 2155/11 = BVerfGE 133, 168 (Rn. 56 f., 76, 80 ff.).

Druck in Richtung informeller Erledigungen aus. Die Problematik der Verfahrensabsprache, insbesondere vor dem Hintergrund der hierzu inzwischen vorliegenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs, ist in dem Gesetzentwurf nicht genügend durchdacht; eine bloße „Übernahme“ der auf das Individualverfahren zugeschnittenen Regelungen lässt sich mit der allgemeinen Verweisung nicht integrieren.

VII. Fazit

Der verfahrensrechtliche Teil des Gesetzentwurfs knüpft – selbstverständlich – an den materiell-rechtlichen Teil an und setzt dessen Wertungen voraus. Die Frage der „Verbandschuld“ als Voraussetzung des Strafverfahrens kann und soll daher hier nicht isoliert diskutiert werden. Freilich vermögen auch Kaskaden begrifflich-abstrahierender Ableitungen aus einer „juristischen Person“ keinen „Beschuldigten“ zu machen, für den individualrechtliche, personale Garantien des Schutzes vor staatlicher Verfolgung gelten sollen, welche sich im nächsten – konkretisierenden – Schritt als bloße Hilfskonstruktionen für natürliche Personen erweisen, deren Interessenlage sich ersichtlich grundlegend von der eines im Strafverfahren Beschuldigten unterscheidet.

Die vorgeschlagenen verfahrensrechtlichen Regelungen erweisen sich daher, jedenfalls bei einer ersten Analyse, als zugleich überkomplexe wie unzureichende Mischung aus Abstraktion und Konkretheit, Personen und Interessen, personalen Rechtspositionen und jedenfalls teilweise unklaren Verweisungen. Insoweit ist zur prozessualen Seite des Entwurfs – vorläufig – nur zu sagen, was für seine materielle Grundlage gelten mag. Es ist nicht gezeigt, dass mit dem vorgeschlagenen Verfahren tatsächlich existierende „Lücken“ hinreichend gefüllt, ein Regelungsdefizit ausgeglichen oder ein Gerechtigkeits-Bedürfnis befriedigt wäre.

Dass man für das materielle Anliegen des Gesetzentwurfs mit gutem Willen auch Verfahrensregeln finden kann, steht außer Frage. Der bisher vorliegende Vorschlag reicht nach unserer Ansicht bislang nicht aus.